

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Steuervorlagen im Ausschuss.

Der Steuerausschuss des Reichstags beriet heute morgen über die entscheidenden Maßnahmen, die die letzte Katastrophe der deutschen Finanzen vermeiden sollen. Das Äußere dieser Sitzung bot das ungewöhnliche Gepräge eines großen Tages im Parlament. Zahlreiche Abgeordnete wohnten dieser Sitzung bei.

In den sachlichen Erörterungen über die Vorlagen der Regierung kam zum Ausdruck, daß den bürgerlichen Parteien in zwölfster Stunde das Gewissen schlägt. Wie üblich im Steuerausschuss, eröffnete der Abgeordnete Helfferich die Diskussion. Seine Rede war eine Verköperung des schlechten Gewissens der bürgerlichen Fraktionen. Er gab zu, daß durch die Verschärfung der deutschen Steuerpolitik die jetzige schwierige finanzpolitische Lage herbeigeführt worden sei. Ja, es ist vieles veräußert worden, und Herr Helfferich ist der Politiker, der an diesen Veräußerungen die meiste Schuld trägt. Heute versuchte er nun über diese Veräußerungen der deutschen Finanzpolitik eine lähne Legende zu bilden. Er behauptete, daß die Maßnahmen zur Anpassung der Steuern an die Geldentwertung prinzipiell schon längst von den bürgerlichen Parteien gebilligt worden seien. Man habe sich bisher nur nicht über die Ausführung des Grundgedankes einigen können.

Dieser Legende muß von vornherein entgegengetreten werden. Es war nicht ein sachlicher Streit um die Ausführung gemeinsamer Grundzüge, die bisher die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien getrennt hat. Die bürgerlichen Parteien haben vielmehr bisher das Interesse der Privatwirtschaft über das Interesse des Reichs und der Volkswirtschaft gestellt. Sie haben alle Versuche der Sozialdemokratie, eine aktive, auf die Rettung des deutschen Finanzwesens und der deutschen Währung abzielende Finanzpolitik zu treiben, grundsätzlich bekämpft. Mögen heute die bürgerlichen Parteien ihre Schuld bekennen: die Sozialdemokratie kann nicht zugeben, daß sie die gleiche Schuld trägt.

In dieser Stunde, in der so einschneidende Steuermaßnahmen ergriffen werden, muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Sozialdemokratie bisher ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Ihre Grundzüge und Absichten für eine aktive Finanzpolitik kommen jetzt zur Durchführung. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Keil, ließ keinen Zweifel darüber, daß die Gesetze, die jetzt beschloffen werden, von einschneidender Wirkung werden, und daß ihre wirtschaftlichen Wirkungen im einzelnen noch nicht zu übersehen sind. Es mag sein, daß sie für einzelne Privatwirtschaften sehr ungünstige wirtschaftliche Wirkungen noch sich ziehen können. Die Schuld daran liegt nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei den bürgerlichen Parteien, die jetzt in einer gewissen Panikstimmung verfahren, zu retten, was zu retten ist und die heute noch in erster Linie daran denken, sich damit selbst zu retten.

Die Sitzung des Steuerausschusses stand heute morgen im Mittelpunkt des Interesses im Reichstage. Zahlreiche Abgeordnete wohnten den Verhandlungen bei. Zu Beginn der Sitzung beantragte der Abg. Roenen (SPD.) zunächst den kommunikativen Entwurf über die Erfassung der Sachwerte zu erledigen und die anderen Vorlagen zurückzustellen. In grobdelegatistischer Art wandte er sich dabei gegen die Sozialdemokratie. Die Genossen Rahmann und Keil wiesen den demagogischen Charakter des Antrages nach. Sie führten aus, daß es jetzt zunächst darauf ankomme, schnell dem Reiche Mittel zuzuführen, um die Rentenpresse zum Stillstand zu bringen und nicht die Zeit mit langen komplizierten Beratungen zu verbringen, die erst nach Monaten Mittel zum Fließen bringen würden. Die Sozialdemokratie werde nach Erledigung dieser Vorlage mit aller Macht für die Erfüllung der Sachwerte eintreten. Der Antrag Roenen wurde abgelehnt.

Reichsfinanzminister Hermes begründete darauf kurz die Vorlagen. Nach den Berechnungen sollen die neuen Gesetze im Laufe eines Monats etwa 130 Billionen Mark bringen. Da inzwischen die Geldentwertung weitergegangen sei, werde es nötig sein, die Multiplikatoren von hundert auf 500 für die Vorauszahlungen zu erhöhen.

Abg. Helfferich (Dnat.): Der Vorschlag von Hermes sei Ueberbannung. Er wolle aber die Vorschläge ernsthaft prüfen. Es sei zu viel Zeit vergeudet worden und damit seien schlechte psychologische Wirkungen auf das Ausland hervorgerufen worden, das alles Vertrauen in unsere Finanzen und in unsere Währung verloren habe. Die Vorlagen müßten rasch erledigt werden, um den Kredit wieder zu heben. Man solle aber nun nicht den Pendel nach der Seite der Ueberbannung ausschlagen lassen.

Hermes antwortet Helfferich, seine Vorschläge bedeuteten eine Verzinsungsfähigkeit der Sätze, während die Lebenshaltungskosten in zwischen um das Sechsfache gestiegen seien. Man kann freilich die Währungsprobleme nicht nur von der Steuerseite her lösen, sondern müsse auch von der Währungsseite her eingreifen. Schritte dazu seien eingeleitet. Alles freilich kann nur dazu führen, die Frist zu verlängern, die wir noch zu Gebote haben.

Scholz (Dt. Sp.) vertritt die Anschauung, daß man die Goldanleihe in den Vordergrund stellen müsse, worauf ihm Minister Hermes antwortete, daß auf keinen Fall die Steuerseite zu kurz kommen dürfe.

Zischer-Klein (Dem.) vertritt den Gedanken der Goldsteuer. Er schlug vor, zur Beschaffung von Dollars die Produktion von Kali mit einem ausländischen Finanzkonkordat zu behandeln. Die Goldanleihe müsse sichergestellt werden.

Abg. Keil (Soz.): Wir haben unsere Anträge vorbereitet und eingebracht, ehe der Herr Finanzminister heute hier seine Ausführungen machte. Wir werden diese Anträge in der Einzelberatung begründen. Ich bin verwundert, daß

Helfferich heute jaghaft

ist, nachdem er gestern gesagt hat, es gehe um Kopf und Kragen und man müsse fünf gerade sein lassen. Das, was geplant ist, ist allerdings ein Sprung ins Dunkle. Niemand kann sagen, wie sich diese Maßnahmen im einzelnen auswirken werden. Doch bleibt uns nichts übrig, als den Sprung ins Dunkle zu machen. Eine andere Möglichkeit des Eingreifens verbleibt uns jetzt nicht mehr. Das Währungsproblem ist ohne wirksame steuerpolitische Maßnahmen nicht zu lösen. Die großen Fehler unserer Steuerpolitik haben ihr rechtliches Ziel zur Zerrüttung unserer Währung beigetragen. Die Mark wäre nicht so weit gesunken, wenn wir beim Eintritt in den Ruhrkrieg nicht den gleichen Fehler gemacht hätten wie während des Krieges. Wir haben wieder veräußert, rechtzeitig Einnahmequellen zu erschließen. Wenn jetzt noch eine Eindämmung der Notensatz erreicht werden soll, müßte es nur mit ganz radikalen Maßnahmen erfolgen. Deshalb

haben wir eine Verschärfung beantragt.

die ja mit den Vorschlägen des Ministers sich deckt. Es ist notwendig, den Entwertungsfaktor zugrunde zu legen, der sich vom 1. Januar 1923 bis zur Verabschiedung des Entwertungsgesetzes gebildet hat. Das ist keine Härte, sondern nur Gerechtigkeit. Ein Teil der Steuerzahler, die betroffen werden, sind in der Lage gewesen, ihr Einkommen entsprechend der Geldentwertung zu steigern. Dazu kommt, daß durch die Bewertungsregeln für Einkommen und Vermögensveranlagungen die Steuerlast der Steuerpflichtigen so sehr herabgedrückt worden ist, daß selbst deutschvolksparteiliche Abgeordnete Worte höchster Entrüstung über die Aushöhung der Steuern ausbrachten. Das verdient Berücksichtigung. Auch dieses spricht dafür, nicht hinter dem Fünfhundertfachen zurückzubleiben. Nun hat Herr Helfferich auf das Mißverhältnis zwischen dem Steuerfuß von 135 Billionen und dem Notenumlauf hingewiesen. Er hat dabei den bargeldlosen Verkehr vergessen.

Merz (Bayr. Volkspartei). Wir werfen in den Abgrund wesentliche Teile unserer Substanz hinein. Was sie hier machen wollen, ist einfach wirtschaftlicher Selbstmord. Ich begreife die Begeisterung für diesen Selbstmord nicht. Was hier verlangt wird, geht über das Maß des wirtschaftlich Erträglichen hinaus.

Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder haben zu den Vorlagen über die Erhöhung der Vorauszahlung auf Einkommen- und Körperschaftsteuer Anträge gestellt, die die Zahlungen Ende August der Geldentwertung, die inzwischen eingetreten ist, anpassen sollen. Der Regierungsentwurf wollte die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer Ende August um das Hundertfache erhöhen. Die sozialdemokratischen Mitglieder beantragten eine Erhöhung um das 500fache. Durch diese Erhöhung werden die Steuervorauszahlungen der Geldentwertung vom 1. Januar bis jetzt angepaßt. Entsprechend beantragten wir, die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer vom 140fachen auf das 700fache zu erhöhen. Entsprechende Erhöhung wurde beantragt für die Abgabe aus Anlaß der Ruhrbelegung.

Diese Anträge wurden am Schluß der Ausschusssitzung einem Unterausschuss überwiesen. Ein weiterer Antrag, der für die künftigen Vorauszahlungen die Steigerung des Lebenshaltungsindezes zum Maßstab der Steigerung der Vorauszahlungen nehmen wollte, wurde abgelehnt. Die Erhöhung der Vorauszahlung bleibt also künftig dem Ermessen des Reichsfinanzministeriums überlassen.

Differenzen in den Siemens-Werken.

Die Express-Korrespondenz meldet: Heute früh gegen 9 Uhr zog der größte Teil der Belegschaft der Siemenswerke vor das Verwaltungsgebäude in Siemensstadt. Die Arbeiter hatten nur Arbeitszeugnisse erhalten, da infolge des Angestelltenstreiks die Lohnberechnungen nicht rechtzeitig fertiggestellt waren. Nachdem von verschiedenen Arbeitern politische Reden gehalten worden waren, wurde beschloffen, eine Deputation aus je zwei Arbeitern jedes Werkes zu ernennen, die dem Reichstag gegenüber die Forderungen der Arbeiter vertreten sollen.

Die Arbeiterdeputation wurde von Herrn v. Siemens selbst empfangen. Es wurden verschiedene Forderungen gestellt, u. a. einer Wirtschaftshilfe von 15 Millionen und die Bildung einer neuen Regierung. Herr v. Siemens sagte zu, den Wunsch der Arbeiter nach einer Wirtschaftshilfe im Verband der Berliner Metallindustriellen zur Sprache zu bringen. Hierauf hat sich eine Arbeiterdelegation zum Reichstanzler begeben, die übrige Arbeiterschaft verhält sich einstweilen ruhig. Irigendwelche Ausschreitungen sind im Augenblick nicht zu befürchten.

Schwankender Dollarkurs.

Die amtliche Notierung unverändert.

Die Verzerrung am Devisenmarkt hat sich auch heute noch weiter vergrößert. Es ist unmöglich, einheimische Fremdwertekurse zu nennen. Zeitweise schwanken sie zwischen drei und fünf Millionen, teilweise aber hört man auch noch darüber liegende Kurse für den Dollar. Material kam auch heute wieder so gut wie gar nicht an den Markt. Die amtliche Festsetzung für Devisen blieb unverändert, doch wurden etwas größere Mengen zugeleitet. Der Effektenverkehr hält sich in ruhigen Grenzen. Eine Erleichterung des Geldmarktes ist in keiner Weise eingetreten und die morgige Börse dürfte bei ruhiger Tendenz leicht abgeschwächt sein, zumal immer noch, wenn auch in geringerem Umfang, Effektenverkäufe zum Zwecke von Devisenerwerbungen erfolgen.

Die Aufgaben der Reichsbank.

Von Rudolf Hilferding.

Wir sind — das ist hier bereits gezeigt worden — im letzten Stadium der Inflation. Jetzt gibt es nur eine Alternative: entweder die Katastrophe der Staatswirtschaft und als ihre unmittelbare Folge die Katastrophe der gesamten Wirtschaft, oder die Rettung durch Einstellung der Inflation. Die Fortdauer des bisherigen Zustandes ist unmöglich.

Das Reich muß also fortan seine Einnahmen aus Steuern und Anleihe zu decken suchen. Unter dem Druck der Ereignisse hat die Regierung sich den von der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen weitgehend genähert. Wir erwarten, daß der Reichstag schnellste Arbeit leistet — jede Stunde Verzug gefährdet den Erfolg.

Die Dollarentwicklung der letzten Tage hat die außerordentlich starke Verflechtung der Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlung zur harten Notwendigkeit gemacht. Die Steuerpflichtigen können sich bei Herrn Havenstein bedanken. Welch gräßliche Planlosigkeit, welcher Mangel an jeder Voraussicht! Zuerst Einführung des Einheitsfußes ohne die nötige Vorbereitung einer Stützungs- und Interventionspolitik. Dann plötzlich wieder Beseitigung des Einheitsfußes in der kritischsten Situation, wieder ohne jede Vorbereitung einer Intervention, um wenigstens dem ersten Ansturm der Devisennachfrage halbwegs Stand halten zu können. Resultat: die sinnlosen, wirtschaftlich unbegründeten Dollarsprünge, die die Panik und das Entsetzen in jeden Haushalt tragen und die gefährlichste soziale Erregung schaffen; die die Steuervorlagen der Regierung um einen Tag auf den anderen entwerfen, täglich neue Anpassung nötig machen. Hätte eine vernünftige Reichsbankpolitik den Dollar auf einer Million Mark festgehalten, so wären wir mit der 100fachen Erhöhung der Einkommensteuer auskommen, während wir jetzt die 500fache brauchen. Es wäre wirklich billiger und vernünftiger gewesen. Herr Havenstein kommt jedem einzelnen Steuerzahler verdammt teuer zu stehen und den unglücklichen Konsumenten erst recht!

Von der Steuerseite her wird diesmal immerhin das Nötige geschehen. Der die Steuerpolitik muß ergänzt werden durch eine planmäßige und energische Währungs- politik. Die Reichsbank darf nicht mehr das Hindernis, sie muß das Instrument einer die unaufhaltsame Entwicklung fördernden, zur Befundung führenden Währungspolitik werden.

Dazu ist eine Aenderung der Reichsbankleitung unerlässlich. Herr Havenstein ist den Anforderungen dieser schwierigen Zeit nicht gewachsen, er muß energischeren und einschüchternden Kräften den Platz räumen.

Als wir im Reichswirtschaftsrat das von Havenstein ausgearbeitete und vertretene Autonomiegesetz bekämpften, als wir davor warnten, die Verfügung über den Goldschatz der Nation, über das wichtigste wirtschaftliche Machtinstrument in die unumschränkte und unverantwortliche Verfügung des Reichsbankdirektoriums zu legen und einen Staat im Staate zu schaffen, als wir voraussetzten, daß Reibungen und Konflikte zwischen der verantwortlichen Regierung und der autonomen, niemandem verantwortlichen, völlig souveränen Reichsbankleitung entstehen müßten, da versicherte Herr Havenstein, das sei alles unmöglich, es seien lauter theoretische Befürchtungen. Nie werde die Reichsbankleitung sich berechtigten Forderungen der Regierung, dem Urteil der Sachverständigen, dem Druck der öffentlichen Meinung entziehen können; nie dürfe man ihr solches zumuten.

Nun wohl! Herr Havenstein ist in stärksten Widerspruch zur Politik der Regierung, zum Urteil der meisten Sachverständigen und der öffentlichen Meinung geraten. Er genießt nicht mehr das nötige Vertrauen; es ist notwendig, daß er die Konsequenzen zieht. Die Rücksicht auf einen Mann, der persönlich aller Achtung wert ist, darf nicht der Rücksicht auf das Reich vorangehen.

Die Aenderung der Reichsbankleitung ist erste, unumgängliche Voraussetzung für die neue Reichsbankpolitik. Was sind nun ihre nächsten Aufgaben?

Der Uebergang der privaten Wirtschaft zur Goldrechnung ist im wesentlichen vollzogen. Dieser Tatsache muß die Reichsbank ihre Politik anpassen. Sie muß den verheerenden Widerstand aufheben und die nötigen Maßnahmen schnell und energisch durchführen. Dazu gehört zunächst die Durchführung des Uebergangs vom Papiertredit zum Goldkredit. Das Vorhaben der Reichsbank, wertbefähigende Wechselombardierungen vorzunehmen, ist ein unzulänglicher und untauglicher Versuch. Notwendig ist die Diskontierung von Goldwechseln gegen einen angemessenen, vielleicht siebenprozentigen Diskont. Da es sich um Goldkredite handelt, die im wesentlichen nur zu legitimen Geschäftszwecken genommen werden dürfen, ist dann eine außerordentliche Kreditrestriktion, wie sie bei Papiermarktkredit erfolglos versucht wurde, nicht notwendig. Vielmehr werden während der Uebergangszeit diese Kredite zur Ueberwindung der Schwierigkeiten gewährt werden müssen, die aus dem Mangel an Betriebskapital herrühren, der durch eine falsche, während der Inflation aber sehr lukrative Kapitalbeschaffungspolitik entstanden ist. Die Goldkredite ermöglichen die Annahme von Goldkonten, auf die sich dann ein Goldverrechnungsverkehr der Wirtschaft aufbauen kann.

Zugleich kann die Reichsbank Devisen als Depositionen annehmen und sie, um einen Anreiz zu schaffen, verzinsen. Der

Devisenzufluß kann gesteigert werden, indem den Exporteuren die Verpflichtung auferlegt wird, der Reichsbank den größten Teil der Exportdevisen gegen Guthrift auf Goldkonto abzuliefern. Einem solchen Plan, der im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet wird, hat die bisherige Reichsbankleitung Schwierigkeiten bereitet und ihn trotz seiner Dringlichkeit bis jetzt verhindert.

Diese Maßnahmen würden einerseits der Reichsbank eine stärkere Verfügung über Devisen geben, andererseits für den Geldverkehr den Beginn eines Goldzahlungsverkehrs schaffen, auf dem sich dann auch die Goldbilanzierung und Goldbuchführung der Privatwirtschaft aufbauen würde — die Voraussetzung für die Einführung echter Goldsteuern.

Bei der jetzt erreichten Entwicklung aber, bei dem Beginn einer Rücknahme der Mark kommen wir mit diesen Maßnahmen nicht mehr aus. Wir brauchen Goldzahlungsmittel für einen größeren Umfang der Wirtschaft. Dafür dient zunächst die neue Goldanleihe in ihren kleinen Abschnitten. Aber dieses Zahlungsmittel ist einmal durch die Höhe des gezeichneten Betrages beschränkt; ein Teil wird ferner nicht als Zahlungsmittel, sondern zum Sparen als Anlage verwandt werden. Zudem macht ein Zahlungsmittel, das Zinsen trägt, unnütze volkswirtschaftliche Kosten. Wir müssen deshalb alsbald einen weiteren Schritt ins Auge fassen: wir müssen der Wirtschaft eine Goldwährung geben. Deshalb schlagen wir vor:

Die Reichsbank wird in zwei Abteilungen zerlegt, in eine Goldmark- und eine Papiermarkabteilung.

Die Goldabteilung erhält die Verfügung über 300 Millionen Gold aus dem Goldbestand der Reichsbank. Sie hat das Recht, auf Goldmark lautende Banknoten auszugeben. Diese müssen zur Herstellung des Vertrauens — theoretisch ist die Golddeckungsfrage umstritten — zur Hälfte durch Gold oder goldwertige Devisen, zur Hälfte durch auf Goldmark lautende Handelswechsel gedeckt sein.

Die Papiermarkabteilung behält zunächst die technische Abwicklung des Papiernotenumlaufs. Sie distanziert die Schatzweisungen des Reiches, solange nicht die Deckung durch Steuern und Anleihen gelungen ist. Die bereits vorhandene schwebende Schuld des Reiches gilt dabei als das ungedeckte Notentontingent. Dieses ist noch um eine bestimmte gesetzlich festzulegende Summe zu vermehren, die nötig ist, um das noch verbleibende Defizit zu decken. Papiermarkkredite an die private Wirtschaft werden abgewickelt, neue nicht ausgeben. Der Bedarf der Wirtschaft in Papiermark wird von der Goldabteilung in Form von Goldmarkkrediten befriedigt. Die Goldabteilung erhält die dazu nötigen Papiermarknoten gegen Hinterlegung ihrer Schuldverschreibung von der Papiermarkabteilung.

Es ist klar, daß mit der Schaffung der Goldwährung das Grundproblem nicht gelöst wird; daß auch die hier vorgeschlagenen Maßnahmen währungsrechtliche Maßnahmen bleiben. Notwendig ist nach wie vor die Stabilisierung der Papiermark, denn sonst würde die Tendenz zur Repudiation, zur Nichtannahme der Papiermark sich verallgemeinern, der Staat dadurch zahlungsunfähig werden. Da zudem eine Unsumme von Forderungen und Verpflichtungen in Papiermark in der Privatwirtschaft vorhanden sind (man denke nur an alle Kreditoren und Debitoren der Banken, alle Wechselverpflichtungen usw.), die alle bei einer allgemeinen Repudiation wertlos werden, so kommt alles darauf an, die Papiermark zur Goldmark in ein festes Verhältnis zu bringen, das heißt eben die Mark zu stabilisieren.

Das hat aber zwei unerlässliche Voraussetzungen: einmal die steuerpolitische, die Deckung der Reicheinnahmen durch Steuern und Anleihe; dann die währungsrechtliche der Stützungsaktion. Diese ist unerlässlich, da dem Verkauf der Papiermark im Ausland kein Käufer gegenübersteht, die Reichsbank also in der Lage sein muß, das Angebot im Ausland aufzunehmen. Dazu bedarf es eines Devisenfonds, den ihr die Wirtschaft aus ihren Devisenbeständen zur Verfügung stellen muß. Werden diese Maßnahmen unterlassen, unvollständig oder zu spät getroffen,

dann würde gerade durch die Ausdehnung des Goldzahlungsverkehrs die Repudiation der Papiermark außerordentlich beschleunigt und die Katastrophe, die vermieden werden soll, erst recht herbeigeführt.

Einfacher und sicherer wäre der Weg der Stabilisierung der Währung in früherer Zeit gewesen, als die Papiermark in ihrer Funktion als Zahlungsmittel noch nicht so arg gefährdet war. Eine besonnene Reichsbankpolitik in Verbindung mit einer energischen Finanzpolitik hätte weniger Opfer gekostet, weniger Gefahren herbeigeführt. Heute gibt es keinen anderen Weg, als die Gesamtheit der Maßnahmen gleichzeitig durchzuführen, die wir bezeichnet haben: schnellste Durchführung der Steuermaßnahmen und Stilllegung der Notenpresse; schnelle Auflegung der Goldanleihe; Stützungsaktion mittels bereitgestellten Devisenfonds zur Festhaltung eines bestimmten Marktkurses; Reform der Reichsbank und Uebergang zur Goldwährung.

Zur Ausführung dieses Planes gehört eine ihrer Aufgabe bewußte Reichsbankleitung, die auch mit der nötigen Autorität einem Rückfall der Finanzverwaltung in neue Inflationspolitik entgegenzutreten wissen wird.

Vom Sowjethakensternkreuz.

Der gestern im „Vorwärts“ veröffentlichte „Arbeitsplan“ der Kommunisten zum Einzug völkischer Offiziersseelen wird heute durch die „Rote Fahne“ bestätigt. Das geschieht allerdings in der Form, daß das Ganze als Fälschung und wir als „Verbrecher“ bezeichnet werden. In der aufgeregtesten Weise erklärt die „Rote Fahne“ den „Wisch“ als „vom ersten bis zum letzten Buchstaben“ gefälscht. Sie spricht von dem „Zynismus der Stampfer-Deute“, von dem „verrotteten Führerkriegel der WSPD“, von „Burschen“ und in ähnlicher lieblicher Tonart weiter, um schließlich „festzustellen“, die Redaktion des „Vorwärts“ lügt bzw. u. u. die Arbeiter zu verwirren.

Das steht im Feinddruck auf der ersten Seite der „Roten Fahne“. Auf der zweiten aber ist zu lesen:

„Wir Kommunisten erklären frank und frei vor der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands: Wir werden alles tun, um jene Offiziere, um jene Kleinbürgerlichen Elemente, welche in Verbindung mit der Interessen der Bourgeoisie mißbrauchen lassen, von der Seite dieser landesverräterischen Bourgeoisie an die Seite des Proletariats zu bringen und damit für die Rettung Deutschlands zu gewinnen. . . Wir Kommunisten sagen ohne Hinterhalt diesen Offizieren: Alle jene ehrlichen Elemente unter Euch, die Deutschland vom französischen Imperialismus befreien wollen, müssen an der Seite der Proletarier kämpfen. Sie dürfen sich nicht dazu hergeben, als Schergen der Bourgeoisie und als Schergen der Agenten der Bourgeoisie . . . das Proletariat niederzuschlagen. . . Die russische Sowjetmacht hat hunderte ehemalige zaristische Offiziere für die Interessen des russischen Proletariats gewonnen, welche treu und ergeben der Sache des russischen Proletariats, die Rußland führt, das Rußland gerettet hat, dienen.“

Schließlich fordert die „Rote Fahne“ die „verräterischen sozialdemokratischen Führer“ mit ihrer „Bankrottspolitik“ freundschaftlich auf, mit den Kommunisten gemeinsam den Kampf zur „Beseitigung der reaktionären Offiziere und reaktionären Beamten“ zu führen, den „Generaistreik zur Brechung der Herrschaft der Konzerne, zur Niederwerfung der Sunter“ und zur „Austilgung der Reichswehr“ zu beginnen. Wählerisch sind die kommunistischen Worthelden sicher nicht. Noch vor kurzem war ihnen jeder Offizier ein Faschist und Bluthund. Jetzt sind sie bereit, die „Ehrlichen“ unter ihnen vor den kommunistischen Wagen zu spannen. Und sogar die „verräterischen“ sozialdemokratischen Führer sollen sich dazu hergeben, die nach Radeks Zeugnis bisher stümperhaft betriebene Agitation der Kommunisten dadurch zu erleichtern, daß sie mit den Kommunisten gemeinsam Generaistreik machen. Es ist noch ein langer Weg bis zu der von Radek geforderten Mitgliedermillion. Sozialdemokratische Arbeiter, ehemalige kaiserliche Offiziere sollen den Bies, Frölich und Thalheimer jetzt die Kaitanien aus dem Feuer holen. Selbstredend werden die Herrschaften sich dabei verrechnen, selbst wenn es wahr ist, was man in eingeweihten Kreisen

munkelt, daß heute schon eine Anzahl ehemals deutscher Offiziere in mehr oder weniger offenen Diensten der Sowjetbotschaft in Berlin steht.

Für diejenigen Leser der „Roten Fahne“, die dem Feinddruck auf der ersten Seite ihres Blattes mehr Glauben beimessen als dem Geständnis auf der zweiten, sei hier noch vermerkt, daß gegen zwei auch der „Roten Fahne“ sicher nicht unbelannte Kommunisten, bei denen ein Exemplar des Arbeitsplanes gefunden wurde, ein Verfahren wegen Hochverrates anhängig ist. Die in Haft Befindlichen haben die Echtheit des Planes nicht bestritten. Das mußten sie den im Neugnen geübteren Redakteuren der „Roten Fahne“ überlassen.

Im übrigen wird ja bereits seit Wochen und Monaten nach diesem Plan gearbeitet. Wir haben gestern schon auf die freundschaftliche journalistische Auseinandersetzung Radek-Revontlow-Frölich-van den Bruck aufmerksam gemacht, die gewissermaßen das Terrain ebenen sollte. Dabei interessiert über noch diese Stelle aus dem erwähnten „Reichswart“-Artikel des Grafen Revontlow:

„Wir kennen keine Klassen und wollen keine Klassen. Als den inneren Feind betrachten wir alle Internationalen und internationalistisch Gerichteteten, ob sie arbeiten oder nicht, ob sie Kapitalisten sind oder nicht, denn sie sind es, welche als Hindernis zwischen dem deutschen Volke und seiner Befreiung stehen. Herr Radek, dem nach seiner Rede an der Befreiung Deutschlands viel gelegen zu sein scheint, möge die kommunistische Presse und die kommunistischen Führer, Unterführer und Agitatoren in Deutschland dahin bestimmen, daß sie die Völkischen nicht mehr beschimpfen und angreifen, deren Programm und Ziele nicht mehr unrichtig ihren Leuten darstellen, und er wird sehr bald Wunder erleben. Wir Völkischen kennen keine Klassen und Stände, uns sind auch Schlagwörter und Parteibezeichnungen, wie zum Beispiel „Kommunisten“, vollkommen gleichgültig; sie machen uns nicht kopfscheu.“

Kugenscheinlich sind die kommunistischen Führer und Unterführer inwischen von Radek im Revontlow'schen Sinne „bestimmt“ worden. Die Angriffe gegen Völkische spielen in der „Roten Fahne“ fast keine Rolle mehr. Um so eifriger und unentwegter ist die kommunistische Presse in der Herabsetzung, Beschimpfung und Verleumdung der Sozialdemokratie. Der „Arbeitsplan“ zeigt, welchem Zwecke diese systematische Beschimpfung dienen soll.

Das dreiste Zeugnis der „Roten Fahne“ veranlaßt uns, deutlicher zu werden:

Vor einigen Tagen wurde ein russischer Kommunist namens KOSTOWSKY in Berlin angetroffen und festgenommen, weil er bereits früher aus Bräuningen ausgewiesen worden war und dennoch hier wieder auftauchte. In seiner Begleitung befand sich ein junger deutscher Kommunist, der als regelmäßiger Mitarbeiter der „Roten Fahne“ bekannt ist. Im Augenblick der Verhaftung versuchte nun letzterer, sich einer Anzahl von Schriftstücken zu entledigen, was jedoch bemerkt wurde. Darunter befand sich der „Arbeitsplan“.

Auf Befragen über die Herkunft des „Arbeitsplanes“ gab der deutsche Kommunist an, es von KOSTOWSKY erhalten zu haben. Dies wurde von dem Russen bestätigt. KOSTOWSKY bekannte sich als Autor der Niederschrift, die, nach seinen eigenen Angaben, den Inhalt eingehender Gespräche mit führenden Persönlichkeiten der Dritten Internationalen wiedergibt. Es ist in der Tat gar kein Zweifel daran möglich, daß dies die Gedanken zu Instruktionen Karl Radeks oder seines engsten Kreises sind. Auch gaben die Verhafteten zu, daß der „Arbeitsplan“ für die Zentrale der R.P.D. bestimmt war.

Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des deutschen Kommunisten wurde u. a. der Auffahentwurf „Wir und der deutsche Offizierstand“ gefunden, der sich mit analogen Gedanken beschäftigt, wie der „Arbeitsplan“.

Gegen beide schwebt ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, gegen KOSTOWSKY außerdem wegen Brandstiftung.

Wird nun die „Rote Fahne“ weiter behaupten wollen, es handle sich um „elende Fälschungen des „Vorwärts“??

Wie altert der Mensch.

Soeben erschien bei Kamin Buchs in Dresden ein neues Werk unseres Mitarbeiters RAUOL FRONCK: „Das wirkliche Alterbild“, aus dem die nachstehende Probe entnommen ist.

Die Alterserscheinungen des Menschen beginnen etwa mit dem 50. Lebensjahre. Die Haut wird dünner (bis sie im hohen Alter papierdünn ist) und schlaffer, das Fett wird verzehrt, die Hautdrüsen werden kleiner. Die Darmelastizität läßt nach. Die Knorpel werden locker und verfließen. Die Binse im Auge verliert ihre Elastizität, damit auch die Akkommodation. Das Trommelfell verdrückt sich, in der Schenkel bilden sich Bindegewebe. Die Geschlechtsdrüsen werden allmählich. Die Sinneszellen der Haut, des Geschmacks und des Geruchs sterben ab. Wachstum der Bindegewebe zerstört die Hirnrinde; auch lagern sich Farbstoffe im Hirn ab. In den Muskeln erfolgen Fettsäuren die Fasern; auch hier erfolgt Bindegewebe, namentlich das zähe Elastin die Muskeln, was jedermann vom Fleisch alter Hühner weiß. In den Knochen sterben die Knochenzellen; die ob ihrer Baukunst bewundern Trajektorien fügen ein; die Mineralsubstanz nimmt zu. Im Haar verschwinden die Farbstoffe. Auch die Ganglienzellen des Gehirns, die einzigen Zellen, welche niemals während dem Leben des Individuums erneuert werden, beginnen allmählich abzusterben.

Diese Symptome zeigen sich im äußersten Grad bei der Maus und dem Eichhörnchen im sechsten Jahr, bei Hasen nach zehn Jahren, an den Schweinen mit 25 Jahren, beim Menschen im 70. bis 80. Jahr, an den Meeresschwämmen mit 50 Jahren, an den Eiern mit 120 Jahren, an den Hechten mit 200 Jahren und an Elefanten und Welen noch später.

Das sind die Tatsachen, wie sie namentlich Reischnoff festgestellt hat. Sehen wir nun zu, was sie zur Entscheidung der uns jetzt bedingenden Fragen beitragen.

Zunächst kann daran kein Zweifel sein, daß das Altern nicht von der mechanischen Abnutzung herrührt. Gewiß lauen sich die Zähne durch vieles Beißen ab, sonst aber zeigt schon allmähliche Erfahrung, daß untätige Menschen rascher altern, als solche, die ein vollgerichtetes Maß von Arbeit auf sich laden. Und aus den obigen Zusammenstellungen vermag jeder herauszulesen, daß der Adler nach sechs Jahren ebenso abgenutzt sein müßte, wie das Eichhörnchen, und dennoch zwanzigmal länger jung bleibt als jenes. Altern ist also etwas anderes als Verbrauch.

Man studiere nur genauer, wie es sich vollzieht, und bald hat man entdeckt, daß es mit einem Aufhören der absoluten Ganzheitsbeziehungen verbunden ist. Weiße Blutkörperchen wandern in die Haare und fressen deren Pigment. Als „Phagozyten“ dringen sie in das Gehirn und verzehren mit den Neurozyten den Speicher des Wissens und der Erinnerung. Der Wunderbaum der Nieren wird durch Phagozyten aufgefressen. Auch die Sinneszellen fallen ihnen zum Opfer. Daß die Bindegewebe sich überall ausbreiten, ist nichts anderes als die Lockerung der „harmonischen Bande“.

Und diese Ueberlegung verrät überhaupt, was das Altern ist.

Ein Organismus, in dem die „Macht der Ganzheit“ zu erlöschen beginnt, altert und ist unaufhaltsam dem Tode geweiht. An dem Tage, an dem die „Desintegration“ eintritt, sagen wir, er ist gestorben. Tod ist Zerfall; die höheren Integrationsstufen lösen sich auf. Aus dem Organismus wird ein Haufen von Organen, die nichts mehr gemeinsam haben. Organe sind ein Haufenwerk von Zellen und die Zellen zerfallen zu Körnern. Das Beherrschende, zur Einheit Zusammenfassende fehlt. Das sehen wir an jeder Leiche.

Und wenn wir erschüttert vor einem lieben Toten stehen und fragen: was fehlt denn nun, du Leurer, daß du nicht mehr lebst?, so sagt uns jetzt die innerste Stimme der Einsicht, daß die „Ganzheit“ fehlt. Und da haben wir dann aufs tiefste verstanden, was „Ganzheit“ eigentlich ist.

Kanalschwimmer in drei Jahrzehnten. Die Durchschwimmung des Kermellkanals, die dem Amerikaner Sullivan gelungen ist, bedeutet eine Leistung, die bisher nur einmal vollbracht wurde und die man seit einem halben Jahrhundert mit den allergrößten Anstrengungen vergebens erstrebt hat. Die Versuche, den Kanal zu durchschwimmen, waren jeden Sommer vor dem Kriege in England Gegenstand der größten Aufregung, und einige dieser unermüdbaren Kanalschwimmer genossen eine große Popularität. Die Ueberwindung des Kanals war für die Briten fast zu einer „Ägen Idee“ geworden. Der erste und bis auf Sullivan unerreichte Kanalschwimmer war der Kapitän RATHBURN WEBB, der am 25. August 1873 den Sieg über die heimtückische Wasserstraße errang. Bei seinem ersten Versuch wurde Webb, nachdem er 13 1/2 englische Meilen zurückgelegt hatte, von einer Strömung fortgerissen, die ihn soweit abtrieb, daß er den Versuch aufgeben mußte. 12 Tage später erreichte er dann glücklich die Küste von Calais, nachdem er 2 1/2 Stunden im Wasser gewesen war. Sullivan hat 27 Stunden 23 Minuten gebraucht. Webb, ein Riese mit einem gewaltigen Brustkasten, schilderte die letzten Stunden seines Schwimmens als „einen langen Kampf mit der Dohnmacht, bei dem jeder Stoß ihm der letzte zu sein schien, den er noch machen könnte“. Webb war für seine Leistung von Prof. BIBBERO trainiert worden, der seine Schüler 24 Stunden ohne jeden Aufenthalt gehen ließ. Er war der Ansicht, daß jemand, der nicht 24 Stunden hintereinander marschieren kann, niemals fähig sein wird, die gleiche Zeit zu schwimmen. Außerdem wurde Webb regelmäßig Meerwasser in den offenen Mund gegossen, um die Schlingmuskeln an eine automatische Verschließung gegen das Wasser zu gewöhnen, dem der Schwimmer bei unruhiger See nicht entgegen kann.

Nach Webb haben Jahrzehnte hindurch immer wieder Schwimmer die Durchquerung unternommen und sind mehr oder weniger früh vor dem Ziel geplatzt. Bei manchem waren es nur noch zwei, eine, sogar eine halbe englische Meile, die sie vom Sieg trennte, aber stets wurden sie durch einen Unfall an der Vollendung gehindert. Die berühmtesten Kanalschwimmer nach Webb waren HOLBEIN, WEIDMANN und BURGER. HOLBEIN machte seinen ersten Versuch 1901; im folgenden Jahr nahm er den Kampf wieder auf und schwamm sogar länger als Webb, nämlich 22 1/2 Stunden. Bei

anderen Versuchen schwamm HOLBEIN STRADEN, die größer waren, als die Entfernung der beiden Kanalküsten hin und zurück beträgt. Die Hochzeiten der Kanalschwimmer war im 1904. In diesem Jahre wurden nicht weniger als 5 Versuche gemacht, und die beste Leistung vollbrachte WEIDMANN, der damals zuerst von dem Riesen BURGER begleitet war. Dieser machte mehr als ein Duzendmal den Versuch. Neben ihm trat in den letzten Jahren vor dem Krieg J. WOLFF hervor, der mehr als 20 Versuche unternommen hat, um die verhältnismäßig schmale und doch so gefährliche Wasserstraße zu überwinden. Wie jetzt wieder mit Sullivan eine Frau um den Preis rang, so haben sich auch sonst schon Frauen am Kanalschwimmen beteiligt.

Befestigungen in der arktischen Zone. Die tatsächliche Befestigung der von Kanada bisher nur nominell in Besitz genommenen Inselwelt des arktischen Nordamerika durch die Anlage von Posten der Kanadischen berittenen Polizei ist in der letzten Zeit unternommen worden. Zunächst der der Westküste Grönlands gegenüberliegenden Ostküste des Inselgebietes wurde zunächst eine Polizeistation am BONGS-Einschlag errichtet, der die Nordküste von Boffinland von der Blyot-Insel trennt. Dann folgte eine weitere Station auf der Smith-Insel, die im Jones-Sund vor der Südküste von Ellesmere-Land liegt; eigentlich sollte sie am Fransford von Ellesmere-Land errichtet werden, doch war dieser vom Eise blockiert. Ein dritter Posten wird zwischen den beiden bereits bestehenden an der Südküste von Nordveon am Dundashafen errichtet werden. Sicherlich ist die Anlage von Polizeiposten, so scheidet die Geographische Zeitschrift, an so entlegenen unwirtlichen Stellen keine politische Demonstration, sondern eine bittere Notwendigkeit. Sie beruht auf dem zunehmenden Vordringen von Händlern und Abenteurern in viele durch Erforschung optimistische Schilderungen in ein wohl unerdient gutes Licht gesetzten arktischen Wüstengebietes.

Deutsches Theater in Rumänien. Nachdem durch die Folgen des Weltkrieges die deutsche Schauspielkunst auch aus dem jetzt zu Rumänien gehörigen Siebenbürgen ausgetrieben war, soll sie nun wieder eine würdige Heimstätte in diesem Lande bereitet werden. Den Bemühungen des Professors Dr. GSKI, der sich um das Deutschtum im Auslande schon sehr verdient gemacht hat, ist es gelungen, ein deutsches Theater für Rumänien ins Leben zu rufen, das nicht nur in Hermannstadt und Czernowitz, sondern auch in Zukoroff Vorstellungen geben wird. Zum Leiter des Schauspiels ist, wie wir hören, Dr. ERNST PÜNDLER, zuletzt Leiter des Deutschen Theaters in Reval, berufen worden.

Aboskonferenz. Vom 4. bis 9. August fand in Kassel die Tagung des dritten internationalen Kongresses für die Weltbreite des Raums statt. Es waren Vertreter von 19 Ländern erschienen, auch aus Frankreich, den Vereinigten Staaten und Indien.

Volksbühne. Auf Veranlassung des Reichsministeriums des Innern muß die für Sonnabend in der Volksbühne angekündigte Vorstellung von „Madame Butterfly“ ausfallen, da das Volksbühnenorchestra bei der Versammlung nicht erschienen war. Es werden an der Tagesloste, Berechtigungsarten in den Zahlstellen umgelagert oder zurückgekauft.

Regierung und Presse.

Urteile über Cuno's Rede.

Von den bürgerlichen Parteien kommen in der Berliner Presse am Morgen nur die Demokraten und die Rechte zu Worte. Ihre Urteile gehen sehr weit auseinander. Während sich die „Volksgaz.“ noch am stärksten gegen Cuno wendet, sprechen „Berl. Tagebl.“ und „Börsen-Ztg.“ von ihm mit großer Schonung. Das „B. L.“ verlangt aber Neubestellung des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbankleitung; der Regierung Cuno soll aber durch Verabschiedung der Finanzgesetze das weitere Leben ermöglicht werden. Darüber schreibt Theodor Wolff:

Das wird auch die Tat sein, die... in dieser Stunde allein dazu dienen kann, uns über die Sumpfe hinwegzureiten, in denen bei einer anderen Haltung alles zu versinken droht. Herr Poincaré hat Zeit gewinnen wollen, um Deutschland vernichten zu können — jetzt muß Deutschland, um nicht vernichtet zu werden, Zeit gewinnen. In England wirft man uns, um die eigene Schwäche zu bemerken, gern und oft unsere Verfahrenheit vor. Ohne lange zu unteruchen, wieviel Schuld auf anderen lastet, muß jetzt der Reichstag der Welt beweisen, daß die Zerfahrenheit ein Ende haben soll. Man sagt uns, alles Gland komme von unserem Mangel an führenden Persönlichkeiten her. Auch Herr Poincaré ist wahrhaftig kein aufbauender Staatsmann, und auch in England sehen wir keinen Pitt. Aber solcher Mangel kann ersetzt werden, wenn ein starker Kollektivismus vorhanden ist. Diesen Willen zu zeigen, ist für den deutschen Reichstag heute die höchste, die unabweisbare Pflicht.

In der „Börsen-Ztg.“ wendet sich Georg Bernhard gleichfalls äußerst scharf gegen Hermes und Becker. Er bezweifelt, daß die bisher gemachten Vorschläge imstande seien, der Inflation zu wehren, und schlägt:

Volk und Parlament wollen die Fortsetzung des Widerstandes, wollen die nationale Verteidigung. Sie wollen jedes Kabinett der nationalen Verteidigung unterstützen. Aber ein Kabinett der nationalen Verteidigung ohne Finanzminister und Wirtschaftsminister der nationalen Verteidigung ist ein Unding.

Einen Sänger seiner Taten hat der Reichskanzler nur in der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ gefunden. Sie spart nicht mit Beiwörtern wie „klar“, „kräftig“, „entschlossen“, „erstickend deutlich“. Sonst geht es überall bei gedämpfter Trommelklang. Die „Deutsche Ztg.“ lacht vergebens „eifernen Willen“ und meint, der Sinn der Rede sei: „Wir halten still, wie England will“. Der „Berl. Lokalanzeiger“ ist etwas gekränkt, daß sich Herr Cuno zur Republik bekannt habe; er meint aber entschuldigend, daß in diesen heißen Tagen keine Regierung, die nicht in einen Bürgerkrieg hineinsteuern will, einstweilen anders als mit Halbschritten vorwärtskommen kann. Also war Cuno's Bekenntnis zur Republik eine Halbheit. Ein Börsendienst!

Wichtige Kabinettsberatungen in London.

London, 9. August. (W.F.B.) Der Parlamentskorrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, die Erörterungen in den Regierungskreisen scheinen sich um folgende zwei Möglichkeiten gedreht zu haben: 1. Einsetzung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit, oder 2. Vermittlung der gesamten Fragen an den Völkerbund. Das letztere Verfahren werde in maßgebenden Kreisen stark befürwortet und werde kräftige Unterstützung finden.

London, 9. August. (W.F.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, gestern hätten u. a. wichtige Beratungen zwischen Ministern und Schachamtschachverständigen stattgefunden. Man glaube, daß dabei Vorbesprechungen über den Antwortentwurf an Frankreich stattgefunden, der den Hauptgegenstand bei den Beratungen in der heutigen Kabinettsitzung bilden werde. Bei dieser Kabinettsitzung würden einzelne Minister fehlen, darunter Lord Derby, Amerz und möglicherweise auch Lord Robert Cecil. Andererseits bestünde aber die Auffassung, daß die unvermeidliche oder vermeintliche Abwesenheit einiger Kabinettsmitglieder keinen Grund dafür bilde, daß ihre Kollegen sich den schweren und dringenden Verantwortlichkeiten, die die europäische Lage ihren auferlege, entziehen und erst die Reichskonferenz im Oktober abwarten. Dem Premierminister werde auf jeden Fall bekannt sein, bis zu welchem Tage er auf die Unterstützung der Dominions bei einer starken britischen Politik rechnen dürfe. Baldwin und seine Anhänger seien einem Kreuzfeuer von Kritiken ausgesetzt, aber Unfähigkeit oder schwaches Auftreten in den internationalen Fragen würden die Kritik nur noch verstärken. Der Korrespondent hält die baldige Veröffentlichung der britischen Dokumente für wichtig, wünscht aber eine noch objektivere und zusammenfassendere Erklärung von Seiten der Regierung und führt weiter aus: In diesem Falle müsse das Kabinett sich nicht auf die Beratung des Antwortentwurfes an Frankreich beschränken, sondern sich lieber mit dem Problem befassen und den Weg vorbereiten, um es der einen oder anderen der in Frage kommenden internationalen Körperlichkeiten zu überweisen: Sachverständigenkommission und Reparationskonferenz oder Völkerbund und Schiedsgerichtshof; eine dritte Lösung gebe es nicht, abgesehen von der Politik der Isolierung, welche von Baldwin nicht für möglich gehalten werde.

„Daily News“ meldet zur heutigen Kabinettsitzung, gestern sei verschiedentlich berichtet worden, daß unter den Ministern ernste Meinungsverschiedenheiten beständen bezüglich der Haltung, die Großbritannien gegenüber der französischen Ruhrpolitik einnehmen solle. Um diese Meinungsverschiedenheiten beizulegen hätten gestern Unterredungen zwischen Baldwin, Curzon und anderen Kabinettsmitgliedern stattgefunden. Man glaube, daß diese Minister dahin einzurücken versuchten, daß sie die Aufgabe des deutschen Widerstandes im Ruhrgebiet verlassen sollten, aber in politischen Kreisen werde es nicht für wahrscheinlich gehalten, daß der Premierminister dieser Forderung entsprechen werde.

Die Frankfurter Ausschreitungen.

Frankfurt a. M., 9. August. (W.F.B.) In der Angelegenheit der Tötung des Staatsanwalts Dr. Haas haben die Ermittlungen der Kriminalpolizei jetzt ein ziemlich klares Bild geschaffen. Mit Bestimmtheit steht fest, daß die ersten Schüsse nicht von dem getöteten Dr. Haas, sondern von dem als Hauptbeteiligten festgestellten 61-jährigen Schreiner namens Karl Bräuning abgegeben worden sind. Als weiterer Täter wurden der Fahrhursche Fröh, der zuerst in das Haus eingedrungen ist, der Hausmeister Born, der Schlosser Bender, der Arbeiter Konrad und der Schlosser Vogel festgenommen. Sie sind zum größten Teil bereits geständig. Im ganzen wurden 32 Personen festgenommen, unter denen sich sehr viel Jugendliche und eine große Zahl Fürsorgegefallige befinden. 40 Verhaftete sind in Untersuchungshaft behalten worden.

Wortgefechte im Bahnabteil.

Der gezwungen ist, oft mit der Herabgabe zu fahren, hat, namentlich in der 4. Klasse, wieder und immer wieder das zweifelhafte Vergnügen, Wortgefechte mit anhören zu müssen. Das ist eine alltägliche Tatsache. Einer schimpft auf den andern. Wenn auch nicht persönlich, so doch auf die Schicht, der der andere angehört. Die Städter haben es auf die unerfüllliche Begehrlichkeit der Landleute abgesehen, die Bauern auf die angebliche Bergmünchenschaft der Städter, und beide auf die Händler, die ausschließlich schuld daran sein sollen, daß alles so furchtbar teuer ist. Und alle zusammen schimpfen auf die Regierung. Es soll noch immer eine Judenregierung sein, in der die Sozialdemokratie tonangebend sei. Wer es versucht, die Leute eines Besseren zu belehren, macht trübe Erfahrungen. Sie schwören darauf, was ihnen deutsch-nationale Agitatoren ins Ohr geblasen haben. Schuld daran ist — neben dem allgemeinen politischen Unverstand — die kleine Provinzpresse. Sie neigt jeder Aufklärung der breiten Masse in weitem Bogen aus dem Wege. Hier einzugreifen, wäre Pflicht des Staates. Schon aus ureigenem Selbsterhaltungstrieb heraus sollte er das tun. Bei jeder Gelegenheit müßte den Lesern klar vor Augen geführt werden, daß die Leute, die gegenwärtig Deutschlands Geschicke lenken, ganz auf bürgerlichem Standpunkt stehen. Für den innerlichen Frieden, den wir so bitter nötig brauchen, könnte dadurch unendlich viel getan werden. So aber sieht einer im andern seinen Feind; eine Schicht glaubt, daß die andere sie ruinieren will. Die Leute sind erregt. Häßliche Worte fliegen hin und her. Die Verständigen sind still und denken sich ihr Teil. Sie wissen: das Unmetter im Innern muß sich erst austoben. Und draußen scheint die Sonne und lacht der Sommer, als kümmerle ihm die irdische Not der Menschen keinen Deut. Um so erregter prägen die Meinungen aneinander und man kann mißnützlich froh sein, wenn man sein Fortziel erreicht, ohne in Täuschungen geraten zu sein.

Geschlossene Läden.

Ergebnislose Konferenz in der Wucherabteilung.

Berlin steht heute vor geschlossenen Läden. Die großen Schaufenster sind gittergeschützt, die Türen geschlossen. Auch die Warenhäuser machen keine Ausnahme und gefallen sich wie in der Rolle der Grauboden. Geöffnet ist lediglich ein Teil der Lebensmittelgeschäfte. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat also ihre Drohung wahr gemacht und aus Gründen des Protestes gegen die das Publikum vor Ausbeutung schützenden Maßnahmen der Behörden ihre Mitglieder zur Schließung der Geschäfte zu bewegen vermocht. Sie sind natürlich mehr als gern diesem Rufe gefolgt, denn der eine Tag Warenzurückhaltung bringt ja heute dem Geschäftsinhaber nur pekuniären Vorteil. Der Kapitalismus ist die tiefere Ursache dieses Vorgehens und vor Schaffung der wertbeständigen Anleihe und der Golddeckung wird keine Veränderung der Verhältnisse eintreten.

Bei der gestrigen Konferenz zwischen Vertretern des Berliner Einzelhandels und dem Leiter der Wucherabteilung, Regierungsrat Dr. Hinkel, stellte dieser auf Fragen über Mißstände, die gelegentlich der Durchführung der Preisoberverordnung aufgetreten seien, in Aussicht, daß er für eine tatkräftige Durchführung dieser Kontrollen sorgen werde. Auf ihrer Besorgung müsse jedoch bestanden werden. Die weiteren Wünsche der Vertreter der Organisationen gingen dahin, daß die Preisobervergabe der Polizei in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage von der Durchführung der Preisoberverordnung Abstand nehmen mögen. Dem gegenüber betonte der Leiter der Wucherabteilung, daß er verpflichtet sei, diese gesetzlichen Bestimmungen nach wie vor durchzuführen. Im übrigen sei nach dieser Verordnung auch der Einzelhandel berechtigt, die höhere Gebührentwertung bei der Berechnung des Selbstkostenpreises zu berücksichtigen. Dagegen dürfe der Inlandswaren keineswegs die höhere Geldwertwertung als Grundlage der Kalkulation dienen. Die Polizei könne nicht zulassen, wenn durch die beschriebene Einschränkung der Geschäftstätigkeit irgendwelche Mißstände für die Verbraucher entstehen würden. Nach der Ansicht des Polizeipräsidenten haben die Einzelhändler als Vertreter der für Volksernährung erforderlichen Lebensmittel gegenüber der Allgemeinheit eine besondere Verantwortung, deren sie sich auch bei ihren etwaigen Protestausübungen stets bewußt sein müssen.

Der Schugverband der Detailisten und Gewerbetreibenden Groß-Berlin, C.B., wendet sich im folgenden gegen das Vorgehen der Einzelhändler: „Kollegen, werdet der schweren Lage, in der wir leben, bewußt und tutet ungeheuren Verantwortung als Wirtschaftsfaktor. Folgt nicht der Parole, haltet eure Geschäfte am Donnerstag offen. Nicht gegen das Wucherergesetz — wenn richtig angewendet eine Sicherung gegen Mißbrauch, ein Ventil gegen Ueberspannung der Volkseidenenschaft — nicht gegen die leider aufgehobene Devisenverordnung, über die man im einzelnen verschiedener Meinung sein kann, protestiert, sondern protestiert gegen die Regierung, weil sie nicht verstanden hat, die wirtschaftliche Anarchie und das Chaos zu verhindern. Protestiert gegen eine Regierung, die im Februar-März gestattete hat, unsere gute Kartoffelernte in Alkohol zu verwandeln und als sogenannte Saatkartoffeln ins Ausland zu verschleppen. Protestiert gegen eine Regierung, die gestattet das Leben und die Gesundheit unseres Volkes auf Umwegen des Devisenwuchers zu vernichten.“

Wahnsinns-Preise.

Die Preise in der Zentralmarkthalle haben über Nacht wieder in ungeheurer Weise angezogen. Es ist besonders der Fleisch- und Fettmarkt, der seine Preise um 100 000 bis 160 000 M. im Durchschnitt erhöht hat. Zahlt man gestern vormittag noch für ein Pfund Schmalz 550 000 bis 680 000 M., so mußte der Käufer heute vormittag nicht weniger als 840 000 M. und noch mehr opfern. Das Pfund Margarine kostete in den Morgenstunden bereits 200 000 bis 240 000 M. mehr als gestern. Rindfleisch ist über Nacht im Preise um 50 Proz. gestiegen. Auch die Mehl- und Hülsenfrüchtepreise haben diese gewaltigen Sprünge mitgemacht. Gestern wurde das Pfund Auszugmehl mit 130 000 M. gehandelt und kostete heute nahezu das Doppelte. Ainen sind von 200 000 auf 300 000 M. gestiegen, während Viktoriaerbsen „nur“ um 75 000 M. erhöht worden sind. Der Obst- und Gemüsemarkt hat fast sämtliche zum Verkauf stehende Erzeugnisse im Durchschnitt um 20 Proz. gesteigert.

Markenfreies Brot 240 000 Mark.

Da die Reichspreise gestern um 28 1/2 Millionen für den Doppelzentner — also um mehr als 60 Proz. an einem Tage — gestiegen sind, kostet vom morgigen Freitag ab das markenfreie Brot 240 000 und die markenfreie Schrippe 12 000 M. Alle übrigen Gebäckpreise werden entsprechend erhöht.

Große Heraufsetzung der Zuckerpreise.

Wie wir erfahren, hat gestern in Berlin eine Sitzung der Zuckerindustrie stattgefunden, zu der auch Vertreter der Zucker- und Zuckerverarbeitenden Gewerbe hinzugezogen waren. Seitens der Zuckerindustrie wurde mitgeteilt, daß die augenblicklich noch laufenden Lieferungsverträge mit sofortiger Wirkung an null und nichtig würden, da die Industrie sonst nicht mehr in der Lage sei, die von der Landwirtschaft geforderten neuen Preise für Rüben zu bezahlen. Eine Belieferung mit dem vertraglich zugesicherten Quantum Zucker könne nur dann stattfinden, wenn die Abnehmer

auf die alten Verträge verzichteten und sich zur Zahlung der neuen Preise bereit erklärten. Angesichts der Markterwartung wurde vorgeschlagen, den Doppelzentner Zucker mit 8 1/2 bis 12 Millionen Mark zu verkaufen. Das dürfte einem Marktpreis von über 120 000 M. entsprechen.

Zur ersten Hilfe bei Unfällen.

Der Rettungsschrank auf der Straße.

Ein Fortschritt in den öffentlichen Einrichtungen zur ersten Hilfe bei Unfällen wie sie im Straßenverkehr der Großstadt täglich vorkommen, sind die auf Straßen und Plätzen aufgestellten Rettungsschränke. In Berlin hatte die Westlup-Gesellschaft für Rettungswesen vor einiger Zeit ein paar kleine Schränke zur Probe aufgestellt, sie hält aber größere Schränke für nötig, die reich mit den bei Unfällen erforderlichen Hilfsmitteln ausgestattet werden können. Auf dem Potsdamer Platz hat sie den Rettungsschrank, der bisher dort stand, jetzt durch einen größeren ersetzt, und heute vormittag wurde er Vertretern der Presse gezeigt. Das Interesse, das diese Einrichtung auch beim Rettungssamt der Stadt Berlin findet, wurde dadurch betundet, daß Sanitätsrat Dr. Frank, der Direktor des städtischen Rettungswesens, an der Besichtigung teilnahm.

Der neue Schrank enthält jetzt nicht nur eine Tragebahre, sondern auch eine Fahrbahre, die als Rotbehel für den nicht immer rasch herbeizuschaffenden Krankenwagen dienen kann. Er ist ausgestattet mit den nötigsten Arzneien, mit Verbandstoffen und Verbandmitteln und mit einer Wärmepumpe. Der fingierte Unfall eines Radfahrers gab Gelegenheit, die Benutzung der Fahrbahre zu zeigen. Unter großem Zulauf von Passanten wurde die zusammengeklappte Fahrbahre aus dem Schrank herausgezogen und mit raschem Griff auseinandergeklappt — und in wenigen Sekunden war der Verunglückte auf ihr gebettet. Bei Hitzschlägen kann der Ohnmächtige in den Schrank gesetzt werden, wo dann eine Kühlvorrichtung ihm Linderung schafft. Den Rettungsschrank kann jeder Mensch in derselben Weise öffnen wie die Feuerweider, nämlich dadurch, daß er eine kleine Scheibe einschlägt; auch hat der nächste Schupo einen Schlüssel zu dem Schrank.

Die Gesellschaft plant in den verschiedensten Teilen Groß-Berlins möglichst bis 100 Rettungsschränke aufzustellen. Der Stadt würde dadurch keine Kosten entstehen, ja sie soll sogar noch Gewinn davon haben. Die sehr bedeutenden Kosten (der ersten Probeabteilung dieses neuen Modells hat viele Millionen gekostet) würden abgedeckt durch Kasse an den Außenflächen, wobei der Stadt ein Gewinnanteil eingeräumt werden soll. Wichtig ist, daß durch diese Rettungsschränke der Raum auf Straßen und Plätzen wieder noch beengt wird, und mancher wird auch fragen, ob durch sie das Stadtbild schöner wird. Aber gegenüber solchen Bedenken fällt stark ins Gewicht, daß derartige Rettungseinrichtungen im Straßenverkehr der Großstadt notwendig und unentbehrlich sind.

Zur Potsdamer Oberbürgermeisterwahl.

Zur Potsdamer Oberbürgermeisterwahl. Eigenartige Vorgänge spielen sich in Potsdam seit Wochen ab. Der Oberbürgermeisterantritt ist seitdem gebieten, daß in der gestrigen Sitzung alle Vorlagen, die der Oberbürgermeister unterzeichnet hatte, nicht verhandelt wurden. Von der äußersten Rechten bis zur Linken waren sich alle Stadtverordneten darin einig, der Stadtverordnetenversammlung Dr. Rossand erklärte, daß er es jetzt für seine Pflicht halte, dem Regierungspräsidenten von diesen Vorgängen Mitteilung zu machen. Gestern hat das „Potsdamer Volksblatt“ mit der Veröffentlichung der Beschwörung des Oberbürgermeisters begonnen. Seit Monaten hat der Oberbürgermeister die Stadtverordnetenversammlungen nicht mehr besucht. Die Stadtverordneten erklären diesen Zustand für unhaltbar und fordern, daß der Regierungspräsident mit allen Mitteln dagegen Stellung nimmt.

Ein seltsames Kindererpielszug.

Einem eigenartigen Kundentanz muß die Firma Viktor Hauser u. Co. haben, deren Anhaber, der Kaufmann Joseph Wicsek und der Kaufmann Viktor Hauser, sich gestern wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen vor der Reichsgerichtsstammer des Landgerichts II zu verantworten hatten. Die beiden Angeklagten, der eine ein russischer, der andere ein lettischer Staatsangehöriger, verteidigte ein Kindererpielszug in Gestalt eines Handlins, in das Filmstreifen eingeschoben wurden. Sie haben nun an ihre Kunden sogenannt „pikante Pariser Serien“ mit abgegeben. Es sind bei ihnen mehrere tausend Gruppen unzüchtiger Bilder beschlagnahmt worden. Vor Gericht entschieden sich die Angeklagten damit, daß sie von ihren ausländischen Kunden, namentlich aus Indien und Italien, gezwungen worden seien, neben Landschaftsbildern auch Entstellungen zu liefern und andere unzüchtige Darstellungen zu liefern, weil sie ihnen sonst die Apparate nicht abgenommen hätten. Die Filmstreifen wurden in Hamburg hergestellt und der Fabrikant ist dort bereits verurteilt worden. Die Angeklagten hatten die Bilder aber auch nicht bloß an das Ausland abgegeben, sondern auch an deutsche Vertreter. Sie behaupteten vor Gericht, daß sie ausdrücklich bei der Lieferung zur Bedingung gemacht hätten, daß der Vertrieb der Pariser Serien nur für den Ausland bestimmt sei. Es sei ihnen auch versichert worden, daß der Export dieser Bilder straflos sei. Das Gericht verurteilte, gemäß des Antrages von Staatsanwalt Dr. Wesmünd die Angeklagten zu 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Massenunfall in einem Zirkus. Nach Blättermeldungen aus Baden-Baden (Schlesien) brach nach einer Vorstellung des hier aufstrebenden Zirkus Sarrasani infolge übermäßigen Drängens des Publikums nach dem Auszug die Tribüne an einer Stelle. Sämtliche darauf stehenden Personen stürzten etwa zwei bis drei Meter tief in den Zirkusraum. Die meisten Verunglückten trugen Knochenbrüche und Verstauchungen davon.

Weiter für morgen.

Berlin u. Umgegend. Junoch warmer, vielfach heiter, bei mäßigen südlichen bis südwestlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung, mit Regen und Gewitterneigung.

Sport.

Die Weltweiherschach-Ringkämpfe in der Brunerei Königsplatz nahen am Montag ihren Fortgang. Am einleitenden Entscheidungsschlussspieltage Charuzin-Richard über Reiter-Windens nach 1 Stunde und 31 Minuten durch Ueberwuri am Boden. Am nächsten Freitag Berlin und Khamischad. Berlin konnte erster schon nach 8 Minuten durch Tenen der Brücke den Sieg an seine Fahne helen. Khamischad Berlin nach 11 Minuten. Leipzig nach 10 Minuten durch Schulterschwung aus dem Stand. Sirt. Finnland warf Philipp. Charlottenburg durch Ueberwuri nach 15 Minuten. Oph. Raumburg machte eine Niederlage durch Dellenkennung aus dem Stand von Sirt. Finnland. Am Dienstag gab es schnelle Entscheidungen. Sirt. Finnland war seinem Gegner Bräuner-Breslau von Anfang an überlegen und legte nach 1 Stunde und 21 Minuten durch Hiltenschwung. Schachschreiber Berlin nach Oph. Raumburg nach 14 Minuten durch Ueberwuri. Saurer-Rünchen brachte seinen Landsmann Rogmann-Sapern nach 8 Minuten durch Einbüden der Brücke auf die Schultern. Khamischad Berlin nach Langenbach-Dama nach 15 Minuten durch Robzug. Sirt. Finnland konnte Bräuner-Breslau durch verkehrten Armzug schon nach 8 Minuten am Boden festhalten. Am Entscheidungsspieltage am Mittwoch. Bräuner-Breslau gegen van den Born-Holland, machte Bräuner der toden Gewalt weichen. Durch Einbüden der Brücke konnte van den Born den Sieg nach 1 Stunde und 20 Minuten erringen. Khamischad Berlin erlag gegen Pietro Scholz, Berlin nach 47 Minuten durch doppelten Armzug. Sirt. Finnland erlag gegen Saurer-Rünchen durch Armfallgriff. Ringzeit 2 Minuten. Sirt. Finnland brachte Khamischad-Berlin nach 16 Minuten durch Wälle zu Boden. Sirt. Finnland und Charuzin lauten nach 25 Minuten zu seiner Entscheidung.

